

„Haus Graz“: Es pfeift durch Das Privatisierungsprojekt von Schwarz-

Das Ausgliederungskonzept „Haus Graz“ steht seit einem Jahr auf dem Prüfstand. Es zeigt sich: Verbesserungen für die Menschen sind nicht eingetreten. Dafür steht Postenschacher ganz oben. Die Kritik von KPÖ und Gewerkschaft hat sich bewahrheitet.

die Belegschaft auf. Christine Schöngrundner (FCG) sagt wörtlich: „Wenn überhaupt noch Bedienstete aufgenommen werden – nur noch jede zweite Stelle soll nachbesetzt werden – dann nur mit einem schlechter dotierten Kollektivvertrag, (...). Das ist eine Politgrotteske, die uns Bedienstete schaurig berührt.“

Ganz oben gibt es mehr Geld: Drei statt bisher zwei Vorstandsdirektoren in der Holding, mehr Geld für die Aufsichtsräte und gute Posten für Leute aus dem Bürgermeisterbüro.

Schlechter als früher

Für die Bevölkerung gibt es keine Verbesserungen, weitere Tarif- und Gebührenerhöhungen stehen auf der Tagesordnung:

Müllabfuhr, Wasser, Kanal, Fernwärme und Strom werden 2012 wieder teurer. Eine Senkung der Zeitkartentarife bei Bus und Tram nach Wiener Vorbild ist nicht in Sicht. Dafür wurden nach der Ausgliederung der Müllabfuhr in Graz 50 Mistkübel abmontiert.

Teure neue Logos

Wegen „Anlaufschwierigkeiten“ – in Wirklichkeit aber wegen der Aufsplitterung von Kompetenzen und des Personalabbaus – werden auftauchende Probleme schlechter gelöst als bisher. Zwei Beispiele: Die Schaffung eines Generationenspielplatzes in Graz wird verzögert, weil die Zuständigkeiten zwischen Magistrat und Holding Graz hin und her

wandern. Von einem Abbau der Bürokratie kann keine Rede sein.

Dafür mussten alle Tafeln und Beschriftungen ausgetauscht werden. Die SP-Gewerkschafter schreiben: „Die erneute Logo-Änderung führte dazu, dass wieder von den Müllkübeln bis zum gesamten Fuhrpark alles auf den aktuellen Stand gebracht, sprich überklebt und überpinselt werden musste.“ Kostenpunkt der Aktion: eine Million Euro.

Billigkeit statt Qualität

Auch beim Ausgliederungskonzept „Haus Graz“ verabschiedet sich die Stadt Graz in großen Teilen von fixer Beschäftigung. So wird die Reinigung im Magistrat schrittweise ausgelagert und an private Reinigungsfirmen

Nun will man die Kinderbetreuung der Stadt Graz ebenfalls in eine GmbH ausgliedern. Stadträtin Kahr: „Es pfeift durch alle Ritzen. Trotzdem halten ÖVP und Grüne an ihrem Privatisierungskurs fest.“

Selbst die „schwarzen“ Personalvertreter protestieren und zeigen Verschlechterungen für

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Heimgärten: „Durchwegung“ vom Tisch

Die Proteste von Grazer Heimgartenvereinigungen und die konsequente Haltung der KPÖ haben die geplante „Durchwegung“ bestehender Heimgartenanlagen in Graz verhindert. Im endgültigen Entwurf des Stadtentwicklungskonzeptes



(STEK 4.0) wird eine entsprechende Formulierung nicht mehr vorhanden sein.

KPÖ Gemeinderätin Gerti Schloffer: „Eine derartige Durchwegung wird von den Heimgartenvereinen durchgehend abgelehnt. Sie fürchten um ihre Zufluchtsoasen, die sie sich in mühevoller Kleinarbeit über die Jahre aufgebaut haben. Grundabtretungen sind dabei ebenso ein Thema wie

zu erwartende Lärmbelästigungen.“ Der Bürgermeister sicherte zu, dass bestehende Heimgartenanlagen nicht angetastet werden. Falls neue Anlagen errichtet werden, denkt man daran, von den Parzellen getrennte Wege am Rande der Heimgärten zu errichten.

Oeverseegasse 16

Das Dachgeschoß des Hauses Oeverseegasse 16 (Feldamtskaserne), das unter Denkmalschutz stand, wurde illegal zweigeschoßig ausgebaut. Daraufhin wurde der Denkmalschutz für dieses Gebäude aufgehoben, weil das Gebäude als nicht mehr schützenswert galt.

KPÖ Gemeinderat Andreas Fabisch



stellt folgende Fragen an den Bürgermeister: „Wer trägt die Verantwortung dafür, dass der Dachbodenausbau im Haus Oeverseegasse 16 durchgeführt werden konnte? Welche Maßnahmen sind von Seiten der zuständigen Ämter der Stadt Graz unternommen worden, seit diese Tatsachen bekannt geworden sind? Werden Sie sich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dafür einsetzen, den ursprünglichen Zustand des Hauses Oeverseegasse 16 wieder herstellen zu lassen?“

Grundstücke um 390 Mio. Euro verkauft

Mit 5,11 Millionen Euro ist die Summe des letzten Immobilienpaketes vergleichsweise klein. Insgesamt hat die Stadt Graz in den letzten Jahren Grundstücke im Ausmaß von 390 Mio. Euro an die stadteige-



ne Firma GBG verkauft und wieder zurückgemietet. Für diese Mieten muss Graz heuer schon eine Summe von 17 Millionen Euro aus dem Budget aufbringen.

Darüber hinaus verkauft die Firma GBG immer wieder Grundstücke an Private. Am Donnerstag wurde das Gebäude eines ehemaligen Kindergartens verkauft. Die Stadt verzichtet dafür auf ihr Vorkaufsrecht. **KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann:** „Diese Budgetkosmetik kann sich zur Vorstufe der Privatisierung von städtischem Eigentum entwickeln. Deshalb hat die KPÖ auch die Ausgliederung der Gemeindewohnungen verhindert.“